

Prüfungsordnung der Universität des Saarlandes für den Master-Studiengang Quereinstiegsmaster Lehramt

Vom xx. Monat 2024

Die Fakultät für Mathematik und Informatik und die Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät haben auf Grund von § 64 Saarländisches Hochschulgesetz vom 30. November 2016 (Amtsbl. S. 1080), zuletzt geändert durch Artikel 3 und 5 des Gesetzes vom 15. Februar 2023 (Amtsbl. I S. 270), des § 16 a des Saarländischen Lehrerinnen- und Lehrerbildungsgesetzes vom 23. Juni 1999 (Amtsbl. S. 1054), zuletzt geändert durch das Gesetz vom xx. Monat 2024(Amtsbl. I S. xxx) und auf der Grundlage der Verordnung über die Ausbildung und die Erste Staatsprüfung für die Lehrämter an öffentlichen Schulen im Saarland (Lehramtsprüfungsordnung I – LPO I) vom 18. März 2008 (Amtsbl. S. 548), zuletzt geändert durch die Verordnung vom xx. Monat 2024 (Amtsbl. I S. xxx) folgende Prüfungsordnung für den Master-Studiengang Quereinstiegsmaster für das Lehramt erlassen, die nach Zustimmung des Ministers der Finanzen und für Wissenschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Kultur hiermit verkündet wird.

Inhalt

I Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Zugangsvoraussetzungen zum Master-Studiengang
- § 3 Doppelfach

- § 4 Modularisierung und Credit Points
- § 5 Regelstudienzeit und Umfang des Studiums
- § 6 Teilzeitstudium
- § 7 Prüfungsausschuss und Prüfungssekretariat
- § 8 Prüfer oder Prüferinnen, Betreuer oder Betreuerinnen, Besitzer oder Betreuerinnen
- § 9 Prüfungssprache
- § 10 Leistungskontrollen
- § 11 Nachteilsausgleich
- § 12 Zulassung zu den Prüfungsleistungen
- § 13 Bewertung von Prüfungsleistungen und Bildung der entsprechenden Noten
- § 14 Wiederholung von Prüfungen
- § 15 Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 16 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 17 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 18 Akteneinsicht
- § 19 Widerspruchsverfahren
- § 20 Fortschrittskontrolle

II Master-Arbeit

- § 21 Zulassung zur Master-Arbeit
- § 22 Master-Arbeit: Thema, Verfahren, Dauer, Gestaltung, Bewertung, Bestehen
- § 23 Wiederholbarkeit der Master-Arbeit

III. Masterabschluss

- § 24 Bestehen der Master-Prüfung und Gesamtnote
- § 25 Akademischer Grad und Abschlussdokumente

IV. Schlussbestimmungen

- § 26 Inkrafttreten

I Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Prüfungsordnung regelt das Verfahren der studienbegleitenden Prüfungen des an der Universität des Saarlandes angebotenen Master-Studienganges Quereinstiegsmaster Lehramt.
- (2) Der Master-Studiengang bietet einen Quereinstieg ins Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II (Gymnasien und Gemeinschaftsschulen) (LS1+2) für Absolventinnen und Absolventen fachlich einschlägiger nichtlehramtsbezogener Studiengänge. Es wird auf die fachlichen Kenntnisse des Bachelorstudiums aufgebaut und es werden fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Inhalte vermittelt.
- (3) Die Fakultät für Mathematik und Informatik bzw. die Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät verleiht aufgrund des erfolgreich abgeschlossenen Studiums des Master-Studienganges Quereinstiegsmaster im Lehramt den Grad des Masters of Education (M.Ed.).

§ 2 Zugangsvoraussetzungen zum Master-Studiengang

- (1) Zum Studium kann zugelassen werden, wer die erforderlichen Zugangsvoraussetzungen erfüllt. Die Studienbewerberinnen und Studienbewerber bewerben sich für jeweils ein Studienfach (Doppelfach).
- (2) Für das Doppelfach Physik gelten folgende Zugangsvoraussetzungen:
 1. Bachelorabschluss in einem nichtlehramtsbezogenen Studiengang der Physik oder einem fachverwandten Studiengang bzw. einen gleichwertigen Abschluss schwerpunktmäßig in Physik oder in einem der Physik verwandten Fach
 2. Die Zahl der im Studiengang erworbenen CP sollen die folgenden Grenzen nicht unterschreiten:
 - a. 60 CP aus Vorlesungen und Übungen der Bereiche Mechanik, Elektrodynamik, Optik, Thermodynamik, Statistik, Atom- und Molekülphysik, Physik der kondensierten Materie, Kern- und Elementarteilchenphysik und Quantenmechanik;
 - b. 20 CP im Rahmen von physikalischen Praktika
Die erworbenen CP müssen sich zwei Schwerpunkten zuordnen lassen, von denen einer mindestens 90 CP und der andere mindestens 40 CP umfasst. Die beiden Schwerpunkte können entweder
 - experimentelle Physik
 - theoretische Physik und mathematische Methoden der Physiksein oder aber
 - klassische Physik und mathematische Methoden der Physik
 - moderne Physik.
- (3) Für das Doppelfach Informatik gelten folgende Zugangsvoraussetzungen:
 1. Bachelorabschluss in einem nichtlehramtsbezogenen Studiengang der Informatik oder einem fachverwandten Studiengang.
 2. Die Zahl der im abgeschlossenen Studiengang erworbenen CP sollen die folgenden Grenzen nicht unterschreiten:
 - a. 9 CP im Bereich mathematischer Grundlagen für die Informatik
 - b. 18 CP im Bereich der Programmierung
 - c. 9 CP im Bereich von Datenbanken und technischer Informatik.
 - d. 9 CP im Bereich von Grundlagen der theoretischen Informatik
 - e. v 15 CP durch einführende Vorlesungen aus den Bereichen Künstliche

Intelligenz, Machine Learning, Cybersecurity, Nebenläufige Programmierung und/oder Algorithmen und Datenstrukturen.

- f. 9 CP aus vertiefenden Vorlesungen in einem beliebigen Bereich der Informatik

(4) Es werden folgende Sprachvoraussetzungen gefordert:

Für alle Doppelfächer:

- Deutsche Sprachkenntnisse im Umfang von DSH-2/C1 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER) oder äquivalent
- Englische Sprachkenntnisse im Umfang von B2 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER) oder Äquivalent im Doppelfach Informatik

(5) Weitere Zugangsvoraussetzungen können in den fachspezifischen Anhängen zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung der Universität des Saarlandes geregelt werden

(5) Liegen die fachlich notwendigen Zugangsvoraussetzungen gemäß Absatz 2 Nr. 2 und Absatz 3 Nr. 2 nicht vor, so kann der Prüfungsausschuss eine vorläufige Zulassung aussprechen, unter der Auflage, die fehlenden Zugangsvoraussetzungen im Umfang von maximal 30 CP im Rahmen eines ergänzenden Studiums innerhalb einer festgesetzten Frist nachzuholen.

§ 3 Doppelfach

(1) Der Master-Studiengang Quereinstiegsmaster Lehramt umfasst das Studium bildungswissenschaftlicher Grundlagen sowie das Studium eines Doppelfaches, das einem schulischen Unterrichtsfach/Lernbereich zugeordnet werden kann.

(2) An der Universität des Saarlandes können das Doppelfach Informatik oder Physik für das Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II (Gymnasien und Gemeinschaftsschulen) (LS1+2) gewählt werden.

§ 4 Modularisierung und Credit Points

(1) Das Studienangebot für die Lehramtsstudiengänge erfolgt in modularisierter Form.

(2) Unter Modularisierung wird die Zusammenfassung von Stoffgebieten zu thematisch und zeitlich aufeinander bezogenen, in sich geschlossenen und mit CP versehenen abprüfbareren Einheiten verstanden. Ein Modul besteht in der Regel aus mehreren inhaltlich aufeinander abgestimmten Lehrveranstaltungen (Modulelementen) eines Semesters oder einer Folge von zwei Semestern und wird mit Prüfungsleistungen (in der Regel einer Modulprüfung) abgeschlossen, auf deren Grundlage CP vergeben werden. Ein Modul soll mindestens einen Umfang von 5 CP aufweisen.

(3) Der fachspezifische Anhang zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung eines jeden Doppelfaches, welches im Quereinstiegsmaster für das Lehramt studiert werden kann, beschreibt die Module, die von allen Studierenden verpflichtend studiert werden müssen (Pflichtmodule), und eventuell vorhandene Wahlpflichtmodule. Bei letzteren können die Studierenden aus einer vorgegebenen Anzahl Module oder Modulelemente auswählen, welche sie absolvieren.

(4) Der Studienerfolg wird studienbegleitend durch den Erwerb von CP dokumentiert. Für diese Prüfungsordnung gilt der Basiswert von 30 Stunden/CP. Der Arbeitsaufwand schließt neben dem Besuch von Veranstaltungen das damit verbundene Selbststudium (z.B. Hausarbeiten, Recherchen, Lektüre ...) ein. Im Transcript of Records wird der oben

genannte Basiswert angegeben.

(5) CP werden in der Regel durch Prüfungsleistungen, ggf. in Verbindung mit Prüfungsvorleistungen, erworben. In dem fachspezifischen Anhang zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung eines jeden Doppelfaches, welches im Quereinstiegsmaster für das Lehramt belegt werden kann, werden die Module und zugehörigen Modulelemente aufgeführt. Dabei wird jedes Modul und ggf. Modulelement mit den entsprechenden Semesterwochenstunden (SWS) und der Gesamtveranstaltungszeit sowie dem Workload, dargestellt in CP, ausgewiesen. Zugleich wird unter Angabe des entsprechenden Moduls festgehalten, welche Art der Prüfung durchgeführt wird und ob ggf. die Vergabe der CP an eine Überprüfung in Verbindung mit einem oder mehreren Modulelementen des Moduls geknüpft ist (Modulelementprüfungen, im Unterschied zu Modulprüfungen als Regelfall). Bei Modulelementen ist anzugeben, in welchem Zyklus dieses Modulelement angeboten wird. Module, die aus mehreren Modulelementen bestehen, müssen vollständig absolviert werden.

(6) Die erworbenen CP werden auf den Leistungsnachweisen zu den Modulen oder Modulelementen ausgewiesen.

(7) Für jeden Studierenden oder jede Studierende wird im zuständigen Prüfungssekretariat ein Studienkonto geführt, das in jedem Semester mit Bezug zu den erbrachten Leistungskontrollen unter Angabe der insgesamt erreichten CP fortgeschrieben wird. Studien-, Prüfungsvor- und Prüfungsleistungen, die anderweitig (z.B. im Rahmen eines Fern- oder Auslandsstudiums) erbracht und anerkannt wurden, werden dabei einbezogen. Weiter können Leistungen berücksichtigt werden, die über die in einem Studiengang erforderliche Mindestzahl an CP hinaus erworben werden.

§ 5 Regelstudienzeit und Umfang des Studiums

(1) Die Regelstudienzeit für den Quereinstiegsmaster beträgt 4 Semester bei einem Studienvolumen von 120 CP.

(2) Um die Studierbarkeit in der Regelstudienzeit zu gewährleisten, soll das Gesamtvolumen der in einem Studienjahr in den verschiedenen Disziplinen zu studierenden Module etwa 60 CP betragen. Näheres regeln die Studienpläne der Fächer (siehe dazu § 8 der Studienordnung).

(3) Auf die Regelstudienzeit werden Semester nicht angerechnet, in denen der oder die Studierende beurlaubt war.

§ 6 Teilzeitstudium

(1) Zu einem Teilzeitstudium können Studienbewerberinnen und Studienbewerber bzw. Studierende eingeschrieben werden, wenn sie wegen Berufstätigkeit, Schwangerschaft, Mutterschutz, Erziehung oder Betreuung eines minderjährigen Kindes bzw. mehrerer minderjähriger Kinder, der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger oder aus einem anderen wichtigen Grund dem Studium nur mindestens die Hälfte und höchstens 60 % ihrer Arbeitszeit widmen können. Wird in einem Studiensemester ein Studienvolumen von mehr als 60 % der CP (i.d.R. 18 CP) des entsprechenden Vollzeitstudiums erbracht, so gilt das Semester als Vollzeitstudiensemester. In die Berechnung des Studienvolumens gehen alle in einem Semester abgelegten Prüfungsleistungen ein, unabhängig davon, ob sie erfolgreich oder nicht erfolgreich absolviert wurden. Im Einzelfall wird auf Antrag geprüft, ob bei einer geringen Überschreitung ein Ausgleich z.B. innerhalb eines Studienjahres möglich

ist. Näheres regelt die Immatrikulationsordnung.

(2) Die Master-Arbeit ist, außer in begründeten Ausnahmefällen, in Vollzeit zu erbringen, wenn im vorangegangenen Semester nicht in Teilzeitform studiert wurde. Sollte die Master-Arbeit in Teilzeit erbracht werden, so ist die Bearbeitungszeit gleichwohl einzuhalten. Der Prüfungsausschuss kann die Bearbeitungszeit gemäß § 7 Absatz 3 auf begründeten Antrag ausnahmsweise angemessen verlängern. Die Verlängerung der Bearbeitungszeit hat jedoch keinen Einfluss auf die Vergabe der CP.

(3) Das Teilzeitstudium begründet keinen Rechtsanspruch auf Bereitstellung eines besonderen Studien- und Lehrangebotes.

(4) Für Auswirkungen des Teilzeitstudiums auf Bereiche, die außerhalb der Verantwortung der Fakultäten liegen, und auf Leistungen, die von außeruniversitären Einrichtungen in Anspruch genommen werden, werden keine Verantwortung und keine Haftung übernommen. Die Studierenden sind gehalten, sich darüber rechtzeitig bei den dafür zuständigen Stellen zu informieren.

(5) Bei Verbleib im Teilzeitstudium ist alle zwei Semester ein Beratungsgespräch in der Studienkoordination im Zentralen Prüfungssekretariat für Lehramtsstudiengänge und in der Geschäftsstelle des Zentrums für Lehrerbildung wahrzunehmen.

(6) In die Berechnung des Studienvolumens gehen alle in einem Semester in Anspruch genommenen Module ein, unabhängig davon, ob sie erfolgreich oder nicht erfolgreich absolviert wurden.

(7) Die Regelstudienzeit für ein Teilzeitstudium beträgt einschließlich der Zeit bis zum Abschluss der Master-Arbeit 8 Semester. Werden nur Teile des Lehramtsstudiums in Teilzeit gestaltet, verlängert sich die Regelstudienzeit gem. § 5 Absatz 1 wie folgt:

1. bei einem oder zwei Teilzeitsemestern um ein Semester,
2. bei drei oder vier Teilzeitsemestern um zwei Semester,
3. bei fünf oder sechs Teilzeitsemestern um drei Semester,
4. bei sieben oder acht Teilzeitsemestern um vier Semester,

§ 7 Prüfungsausschuss und Prüfungssekretariat

(1) Für die Durchführung der studienbegleitenden Prüfungen ist der Zentrale Prüfungsausschuss für das Lehramt an Schulen zuständig, der organisatorisch durch das Zentrale Prüfungssekretariat und die Studienkoordination für Lehramtsstudiengänge sowie die Prüfungssekretariate der Fakultäten unterstützt wird.

(2) Zur Zusammensetzung, Beschlussfähigkeit, Durchführung und Aufgaben gelten die Regelungen des nach § 8 der Prüfungsordnung der Universität des Saarlandes für die Studiengänge Lehramt an beruflichen Schulen (LAB), Lehramt der Primarstufe (LP)Lehramt für die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) (LS1) Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II (Gymnasien und Gemeinschaftsschulen) (LS1+LS2) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Dem Prüfungsausschuss obliegt es insbesondere,

1. über Anträge auf Zulassung zu den studienbegleitenden Prüfungen zu entscheiden,
2. über Anträge auf Befreiung von Zulassungsvoraussetzungen zu entscheiden,
3. über Anträge auf Ablegung von Prüfungen in anderer Form zu entscheiden,
4. in Abstimmung mit den jeweiligen Fachvertreter(inne)n über Anträge auf

- Genehmigung einer dritten Wiederholungsprüfung zu entscheiden, soweit eine dritte Wiederholungsmöglichkeit im fachspezifischen Anhang vorgesehen ist,
5. über Anträge auf Zulassung zur Master-Arbeit zu entscheiden,
 6. den Prüfer oder die Prüferin (den Gutachter oder die Gutachterin) sowie den Zweitgutachter oder die Zweitgutachterin und den Betreuer oder die Betreuerin für die Masterarbeit zu bestellen,
 7. über Anträge auf Verlängerung der Bearbeitungszeit für die Masterarbeit, für die Anfertigung schriftlicher Prüfungsleistungen sowie auf Verkürzung bzw. Verlängerung der Frist für eine Teilwiederholungsprüfung zu entscheiden,
 8. über Anträge zur Sprache der Master-Arbeit, der Klausurarbeiten und der mündlichen Prüfungen zu entscheiden,
 9. sofern erforderlich einen Drittgutachter oder eine Drittgutachterin für die Master-Arbeit zu bestellen,
 10. die Note für die Master-Arbeit auf Grundlage von § 22 Absatz 13 festzusetzen,
 11. In Abstimmung mit den jeweiligen Fachvertreter(inne)n Studienzeiten, Studienleistungen, Prüfungen und Teilprüfungen anzuerkennen sowie nachgewiesene gleichwertige Kompetenzen und Fähigkeiten gemäß § 16 Absatz 4 anzurechnen und über die Anrechnung von Studienzeiten auf die Regelstudienzeit zu entscheiden,
 12. über das Vorliegen von Ausnahmetatbeständen für das Ablegen von Prüfungen im Fall einer Beurlaubung nach § 9 Absatz 5 der Immatrikulationsordnung zu entscheiden,
 13. über Anträge auf Teilzeiteinschreibung nach § 11 Absatz 2 der Immatrikulationsordnung zu entscheiden,
 14. über Anträge zur Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen, der Elternzeit und der Erfüllung von Familienpflichten (insbesondere Erziehung oder Betreuung eines minderjährigen Kindes bzw. mehrerer minderjähriger Kinder sowie die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger) sowie der besonderen Belange behinderter Studierender zu entscheiden,
 15. die Durchführung der Fortschrittskontrolle nach § 20 zu überwachen,
 16. über Verlängerungen bezüglich der Fortschrittskontrolle nach § 20 zu entscheiden,
 17. über Einsprüche eines oder einer Studierenden im Zusammenhang mit der Bewertung von Prüfungsleistungen zu entscheiden und ggf. die entsprechende Bewertung in der Prüfungsakte ändern zu lassen,
 18. über die nachträgliche Berichtigung von Abschlussnoten und über die Ungültigkeitserklärung von Prüfungen zu entscheiden,
 19. über die Annulierung von Prüfungsleistungen und die Einstellung von Prüfungsverfahren zu entscheiden und Entscheidungen über die Bewertung von durch Täuschung beeinflussten Prüfungsleistungen und über den Ausschluss von einer Prüfung zu überprüfen.

(4) Die Aufgaben nach Absatz 3 Nr. 1 bis 16 nimmt im Auftrag des Prüfungsausschusses dessen Vorsitzender oder Vorsitzende wahr. Wird dessen oder deren Entscheidung von einem Kandidaten oder einer Kandidatin oder von einem Mitglied des Prüfungsausschusses angefochten, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 8

Prüfer oder Prüferinnen, Betreuer oder Betreuerinnen, Beisitzer oder Betreuerinnen

(1) Zu Prüferinnen und Prüfern (Gutachterinnen und Gutachtern) für die Master-Arbeit nach dieser Ordnung können Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer (§ 16 Absatz 1 S. 1 Nr. 1 SHSG), entpflichtete oder im Ruhestand befindliche Professorinnen und Professoren, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, Privatdozentinnen und Privatdozenten und außerplanmäßige Professorinnen und Professoren bestellt werden. In besonderen Fällen kann der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit den das betreffende Fachgebiet vertretenden Professorinnen und Professoren auch Mitglieder der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Lehrbeauftragte für den Bereich des Lehrauftrags

und Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer anderer Hochschulen sowie qualifizierte in der beruflichen Praxis erfahrene Personen zu Prüferinnen und Prüfern bestellen. Ehemalige Mitglieder der Fakultät, die aus der Universität des Saarlandes ausgeschieden sind, können mit ihrem Einvernehmen bis zu fünf Jahre nach ihrem Ausscheiden aus der Fakultät bestellt werden. Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, Privatdozentinnen und Privatdozenten, außerplanmäßige Professorinnen und Professoren, die keine Lehrtätigkeit mehr ausüben, und Lehrstuhlvertreterinnen und Lehrstuhlvertreter nach § 43 Absatz 6 SHSG, die mehr als 2 Semester Lehrtätigkeit ausgeübt haben, können mit ihrem Einvernehmen bis zu zwei Jahren nach ihrem Ausscheiden aus der Fakultät bestellt werden.

(2) Zu Betreuerinnen und Betreuern der Master-Arbeit können neben Prüferinnen und Prüfern im Einvernehmen mit den das betreffende Fachgebiet vertretenden Professorinnen und Professoren Mitglieder der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Lehrbeauftragte für den Bereich des Lehrauftrags und Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer anderer Hochschulen sowie qualifizierte in der beruflichen Praxis erfahrene Personen bestellt werden. Ehemalige Mitglieder der Fakultät, die aus der Universität des Saarlandes ausgeschieden sind, können mit ihrem Einvernehmen bis zu fünf Jahre nach ihrem Ausscheiden aus der Fakultät bestellt werden. Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, Privatdozentinnen und Privatdozenten und außerplanmäßige Professorinnen und Professoren, die keine Lehrtätigkeit mehr ausüben, und Lehrstuhlvertreterinnen und Lehrstuhlvertreter nach § 43 Absatz 6 SHSG, die mehr als zwei Semester Lehrtätigkeit ausgeübt haben, können mit ihrem Einvernehmen bis zu zwei Jahren nach ihrem Ausscheiden aus der Fakultät bestellt werden.

(3) Zu den Prüferinnen und Prüfern bei Leistungskontrollen gehören die Dozentinnen und Dozenten der entsprechenden Module bzw. Modulelemente.

(4) Zum Beisitzer oder zur Beisitzerin einer mündlichen Prüfung darf nur eine Person bestellt werden, die einen für das Prüfungsgebiet einschlägigen akademischen Abschluss besitzt.

(5) Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.

§ 9 Prüfungssprache

Prüfungssprache ist die jeweilige Unterrichtssprache, soweit dies in den fachspezifischen Anhängen zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung nicht anders geregelt ist. Der Prüfungsausschuss kann auf besonderen Antrag des Kandidaten oder der Kandidatin sowie mit Zustimmung der Prüfenden bzw. Gutachtenden im Einzelfall eine andere Prüfungssprache zulassen.

§ 10 Leistungskontrollen

(1) Mindestens 50 % der Prüfungsleistungen – gerechnet in CP – werden benotet.

(2) Leistungskontrollen sind in der Regel mündliche und/oder schriftliche Prüfungen, die auch über mehrere Termine aufgeteilt werden können. Art und Umfang der Leistungskontrollen für ein Modul bzw. Modulelement werden in den entsprechenden fachspezifischen Anhängen festgelegt und zu Beginn der jeweiligen Veranstaltung bekannt gegeben. Bei Kombinationen von Leistungskontrollen wird die Gewichtung der Teile angegeben. Termine für Prüfungsleistungen sind dem oder der Studierenden mindestens 3 Wochen im Voraus bekannt zu geben.

(3) Leistungskontrollen umfassen Studienleistungen, Prüfungsvorleistungen (Studienleistungen, die zugleich Zulassungsvoraussetzung zur Modulprüfung bzw. Modulelementprüfung sind) sowie Prüfungsleistungen.

(4) Studienleistungen sind während des Studiums zu erbringende Leistungen, die bewertet werden (bestanden/nicht bestanden), jedoch unbenotet bleiben bzw. nicht in die Modulnote mit einfließen. Ob (und ggf. in welchen Veranstaltungstypen) Studienleistungen verlangt werden können, ist in den jeweiligen fachspezifischen Anhängen zur Studienordnung und zur Prüfungsordnung anzugeben. Die Form und die Dauer der einzelnen Studienleistungen werden zu Beginn der jeweiligen Veranstaltung bekannt gegeben. Hierbei ist der festgesetzte studentische Arbeitsaufwand zu berücksichtigen. Sofern nicht fachspezifisch anders geregelt, ist vor Abschluss des Studiums nachzuweisen, dass die erforderlichen Studienleistungen erbracht wurden.

(5) Werden Prüfungsvorleistungen als Zulassungsvoraussetzung zur Modulprüfung bzw. Modulelementprüfung verlangt, so ist dies in den jeweiligen fachspezifischen Anhängen zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung zu regeln.

(6) Jedes Modul beinhaltet eine zumeist benotete Prüfungsleistung (Modul(element)prüfung), die spätestens zu Beginn des nachfolgenden Semesters erstmalig angeboten wird. Die Leistungskontrollen dienen dem Nachweis, dass die Studierenden die Qualifikationsziele des Moduls erreicht haben, sie die Inhalte und Methoden des Moduls in den wesentlichen Zusammenhängen beherrschen und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anwenden können. Der Studienerfolg eines Moduls bzw. eines Modulelements wird entweder mit ‚bestanden‘ oder mit einer Note gemäß § 13 bewertet. Wird eine Leistungskontrolle benotet, so ist dies in dem entsprechenden fachspezifischen Anhang zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung festzuhalten.

(7) Mit der bestandenen Prüfung wird die Erreichung der Lernziele des Modul(element)s nachgewiesen und der oder die Studierende erwirbt die dem Modul (bzw. Modulelement) entsprechenden CP. Dies wird gegebenenfalls zusammen mit der Note unter Angabe des Moduls und gegebenenfalls der Modulelemente auf den zugehörigen Leistungsnachweisen und auf dem Studienkonto des oder der Studierenden vermerkt und bildet ein Element des Transcript of Records.

(8) Prüfungsleistungen, deren Nichtbestehen endgültig zum Verlust des Prüfungsanspruches führen würde, werden von zwei Prüfern oder Prüferinnen bewertet.

(9) Klausurarbeiten werden unter Aufsicht eines Prüfers oder einer Prüferin oder unter Aufsicht einer dazu bestellten Person, die unter der Verantwortung eines Prüfers oder einer Prüferin steht, durchgeführt. Klausuren sollen nicht weniger als 60 und nicht mehr als 180 Minuten dauern. Näheres ist gegebenenfalls in den fachspezifischen Anhängen zur Studienordnung und zur Prüfungsordnung geregelt. Die Bewertungsfrist beträgt 4 Wochen.

(10) Leistungskontrollen in Seminaren können insbesondere in mündlicher Form (z.B. Referat) und/oder in schriftlicher Form (z. B. Hausarbeit) erbracht werden. Die Bewertung erfolgt durch einen Prüfer oder eine Prüferin, in der Regel durch den verantwortlichen Dozenten oder die verantwortliche Dozentin. Die Bewertungsfrist für eine Hausarbeit beträgt 6 Wochen.

(11) Die Dauer mündlicher Prüfungen soll mindestens 15 und höchstens 30 Minuten betragen. Sie werden entweder vor zwei Prüfern oder Prüferinnen oder vor einem Prüfer oder einer Prüferin in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers oder einer sachkundigen Beisitzerin abgelegt. Nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse können Studierende

dieselben Fachs bzw. Studiengangs als Zuhörer oder Zuhörerinnen zugelassen werden, sofern der oder die zu prüfende Studierende dem nicht widerspricht. Diese Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe der Ergebnisse. Vor der Festsetzung der Note hört der Prüfer oder die Prüferin den Beisitzer oder die Beisitzerin. Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse sowie die Bewertung einer mündlichen Prüfung werden in einem Protokoll festgehalten, das von dem Prüfer oder der Prüferin und dem Beisitzer oder der Beisitzerin unterzeichnet wird. Die Bewertung wird dem oder der Studierenden jeweils unmittelbar im Anschluss an die Prüfung mitgeteilt.

(12) Muss die Bearbeitung einer schriftlichen Prüfungsleistung (ausgenommen Klausuren oder Master-Arbeit) wegen Krankheit oder aus anderen Gründen, die der Kandidat oder die Kandidatin nicht zu vertreten hat, um mehr als eine Woche unterbrochen werden, so ruht die Frist während dieser Unterbrechung. Die entsprechenden Nachweise, bei Krankheit ein ärztliches Attest, hat der Kandidat oder die Kandidatin unverzüglich dem Zentralen Prüfungsausschuss vorzulegen. Bezüglich der Gründe für den Rücktritt oder das Versäumnis steht der Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten die Krankheit eines von ihr oder ihm zu versorgenden Kindes gleich. Die Erforderlichkeit der Betreuung des erkrankten Kindes durch den Kandidaten oder die Kandidatin wird nachgewiesen durch ärztliches Zeugnis gemäß § 45 SGB V. Ruht die Bearbeitungszeit länger als 1 Monat, so gilt die schriftliche Prüfungsleistung als nicht unternommen. Dem Kandidaten oder Der Kandidatin ist nach Wegfall der Hinderungsgründe eine neue schriftliche Prüfungsleistung zuzuweisen.

(13) Auf Antrag an den Prüfungsausschuss werden die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen, der Elternzeit und die Erfüllung von Familienpflichten (insbesondere Erziehung oder Betreuung eines minderjährigen Kindes bzw. mehrerer minderjähriger Kinder sowie die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger) sowie die besonderen Belange behinderter Studierender berücksichtigt. Sofern diese Prüfungsordnung oder der fachspezifische Anhang Fristen für die Erbringung bestimmter Leistungen vorsehen, werden diese Fristen auf Antrag um die gesetzlichen Mutterschutzfristen verlängert. Auf Antrag kann weiterhin auch eine angemessene Verlängerung der Fristen gemäß § 23 Absatz 5 gewährt werden, wenn nachgewiesene Belastungen durch Schwangerschaft, die Erziehung oder Betreuung von Kindern oder durch die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger vorliegen. Ein Nachteilsausgleich gemäß § 11 bleibt unberührt.

(14) Über Widersprüche gegen die Bewertung einer Prüfungsleistung entscheidet der Prüfungsausschuss nach Anhörung des betreffenden Prüfers oder der betreffenden Prüferin.

§ 11 **Nachteilsausgleich**

(1) Macht ein Kandidat oder eine Kandidatin durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass er oder sie wegen einer länger andauernden oder ständigen Beeinträchtigung nicht in der Lage ist, Studien-, Prüfungsvor- oder Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form zu erbringen bzw. abzulegen, kann der Zentrale Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten angemessene nachteilsausgleichende Maßnahmen genehmigen. Angemessene nachteilsausgleichende Maßnahmen sind die Anpassung der äußeren Prüfungsbedingungen (z.B. Zulassung geeigneter Hilfsmittel), die Verlängerung der Bearbeitungszeiten für das Ablegen von Prüfungen oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens bzw. der Wechsel der Prüfungsform, d.h. das Erbringen gleichwertiger Leistungen in anderer Form. Der Wechsel der Prüfungsform kommt jedoch nur dann in Betracht, wenn eine Anpassung der äußeren Prüfungsbedingungen oder die Verlängerung der Bearbeitungszeiten für das Ablegen von Prüfungen nicht als angemessener Nachteilsausgleich ausreichend sind. Die Gewährung eines Nachteilsausgleiches darf in

keinem Fall zu einer Modifizierung der Prüfungsinhalte führen. Entsprechendes gilt für Studienleistungen im Rahmen der entsprechenden Zuständigkeit.

(2) Ein Antrag gemäß Absatz 1 muss alle zwei Semester gestellt werden, sofern der vorliegende Nachteil auch dann noch ausgeglichen werden muss.

(3) Das in Absatz 1 verlangte ärztliche Zeugnis (Attest) muss mindestens Angaben enthalten über die von der länger andauernden oder ständigen Beeinträchtigung ausgehende körperliche und/oder psychische Funktionsstörung, deren Auswirkungen auf die Prüfungs- oder Studierfähigkeit der oder des Studierenden aus medizinischer Sicht, den Zeitpunkt des dem Attest zugrunde liegenden Untersuchungstermins sowie eine ärztliche Prognose über die Dauer der länger andauernden oder ständigen Beeinträchtigung. Der oder Die Vorsitzende des Zentralen Prüfungsausschusses kann auf die Vorlage eines ärztlichen Attests verzichten, wenn offensichtlich ist, dass die oder der Studierende chronisch erkrankt oder beeinträchtigt ist.

§ 12 Zulassung zu den Prüfungsleistungen

(1) Der Antrag auf Zulassung zum Prüfungsverfahren erfolgt mit dem Antrag auf Immatrikulation. Die Immatrikulation gilt als Zulassung zum Prüfungsverfahren, sofern nicht Absatz 2 einschlägig ist.

(2) In § 2 und in den fachspezifischen Anhängen zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung sind gegebenenfalls weitere fachspezifische Zulassungsvoraussetzungen zum Prüfungsverfahren und/oder gesonderte Zulassungsvoraussetzungen für die weiteren Prüfungsleistungen festgelegt. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, kann der oder die Studierende nach Maßgabe des fachspezifischen Anhangs zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung vorläufig unter der Bedingung zugelassen werden, dass die festgestellten fehlenden Inhalte innerhalb einer festgelegten Frist nachgeholt werden. Für die Teilnahme an allen Prüfungsleistungen ist eine fristgerechte und verbindliche Anmeldung erforderlich, i.d.R. über das Campus Management System der Universität. Die Hinweise zur Anmeldung werden zu Beginn der jeweiligen Veranstaltung bekannt gegeben.

(3) Über die Zulassung zum Prüfungsverfahren gemäß Absatz 2 und zu den Prüfungen entscheidet der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses. In Zweifelsfällen entscheidet der Prüfungsausschuss, ggf. nach Anhörung der Fachvertreter oder Fachvertreterinnen. Eine ablehnende Entscheidung über den Zulassungsantrag wird dem Antragsteller oder der Antragstellerin schriftlich mitgeteilt. Der Bescheid wird mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen.

(4) Die Zulassung zu den Prüfungen darf nur abgelehnt werden, wenn

1. der Kandidat oder die Kandidatin nicht zum Prüfungsverfahren nach Absatz 2 zugelassen wurde oder
2. die Zulassungsvoraussetzungen nach Absatz 2 nicht erfüllt sind (vgl. aber Absatz 2 Satz 2) oder
3. der oder die Studierende den Prüfungsanspruch für das entsprechende Modul oder den Studiengang endgültig verloren hat.

§ 13 Bewertung von Prüfungsleistungen und Bildung der entsprechenden Noten

(1) Soweit eine Bewertung vorgesehen ist, werden die einzelnen Prüfungsleistungen mit folgenden Noten bewertet:

„1 sehr gut“ bei einer hervorragenden Leistung,

„2 gut“ bei einer Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt,

„3 befriedigend“ bei einer Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
„4 ausreichend“ bei einer Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt,
„5 nicht ausreichend“ bei einer Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(2) Zur differenzierten Benotung der einzelnen Prüfungsleistungen können Zwischenwerte durch Erniedrigen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 gebildet werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(3) Die Benotung wird ergänzt durch eine ECTS-Note, die Auskunft geben soll über das relative Abschneiden des oder der Studierenden und die auch in das Diploma Supplement aufzunehmen ist. Die ECTS-Bewertungsskala gliedert die Studierenden nach statistischen Gesichtspunkten, die es erlauben, die individuelle Leistung eines/einer Studierenden in Bezug auf die anderen Studierenden entsprechend einzuordnen. Die erfolgreichen Studierenden erhalten dabei in der Regel folgende Noten:

- A die besten 10 %,
- B die nächsten 25 %,
- C die nächsten 30 %,
- D die nächsten 25 %,
- E die nächsten 10 %.

Diese Verfahrensweise ist zu verwenden, sofern die Größe der Bezugsgruppe eine tragfähige Aussage über die prozentuale Verteilung ermöglicht (eine Untergrenze von 50 Studierenden als Bezugsgruppe sollte dabei nicht unterschritten werden). Die Angabe des relativen Abschneidens des/der Studierenden ist hierbei auch in anderer Skalierung möglich. Im Falle zu kleiner Bezugsgruppen sind pragmatische Lösungen anzustreben.

(4) Gehören zu einem Modul mehrere benotete Prüfungsleistungen, so errechnet sich die Modulnote wie folgt, soweit dies im fachspezifischen Anhang nicht anders festgelegt ist: Die Noten aller Prüfungsleistungen werden jeweils zunächst mit dem CP-Wert des zugehörigen Modulelements oder der zugehörigen Modulelemente multipliziert und das Ergebnis addiert. Das Ergebnis der Addition wird durch die Summe der CP der beteiligten Modulelemente dividiert. Dieses Ergebnis wird auf eine Stelle nach dem Komma abgerundet. Unbenotete Modulelemente bleiben bei der Berechnung der Modulnote unberücksichtigt.

(5) Wird eine Prüfungsleistung, die von zwei Prüferinnen oder Prüfern bewertet werden muss (die Master-Arbeit sowie die zweiten Wiederholungsprüfungen), unterschiedlich benotet, so errechnet sich die Note für diese Prüfungsleistung als arithmetischer Mittelwert der von den Prüferinnen und Prüfern vorgeschlagenen Noten. Der Mittelwert wird auf eine Stelle nach dem Komma abgerundet.

(6) Eine Prüfung ist bestanden, wenn die Bewertung „bestanden“ erfolgt bzw. bei Benotung die Note mindestens „ausreichend“ ist.

§ 14

Wiederholung von Prüfungen

(1) Eine nicht bestandene Prüfung kann zweimal wiederholt werden (vgl. aber Absatz 3 fachspezifischer Freiversuch), wobei die zweite Wiederholungsprüfung auch als mündliche Prüfung durchgeführt werden kann. Nach zwei Wiederholungsprüfungen verliert der oder die Studierende den Prüfungsanspruch im entsprechenden Modul. Soweit die Prüfung ein Wahl- oder Wahlpflichtmodul betrifft, kann sie durch eine Prüfung eines anderen Wahl- oder Wahlpflichtmoduls ersetzt werden, soweit dieses als Alternative im entsprechenden

fachspezifischen Anhang zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung vorgesehen ist und nicht schon entsprechende Leistungen erbracht wurden. Die Wiederholung einer bestandenen Prüfung ist nicht zulässig (vgl. aber Absatz 4 fachspezifische Möglichkeit der Wiederholung zur Notenverbesserung).

(2) Der fachspezifische Anhang kann regeln, dass der Prüfungsausschuss auf Antrag in begründeten Ausnahmefällen eine dritte Wiederholungsmöglichkeit einer Prüfung zum nächstmöglichen Prüfungszeitpunkt einräumt. Ein begründeter Ausnahmefall liegt insbesondere vor, wenn der oder die Studierende sämtliche Leistungskontrollen des Studienganges bis auf die Prüfungsleistung für die er oder sie die dritte Wiederholung beantragt, mit Erfolg abgelegt hat.

(3) Der fachspezifische Anhang kann vorsehen, dass eine Prüfungsleistung mit Ausnahme der Schulpraktika und der damit verbundenen Leistungen in fachdidaktischen Veranstaltungen als nicht abgelegt gilt, wenn sie innerhalb der dafür im fachspezifischen Anhang festgelegten Studienzeit (Regelstudiensemester bei Prüfungsleistungen) abgelegt und erstmals nicht bestanden wird (Freiversuch).

(4) Bestandene schriftliche Prüfungen in Form von Klausuren oder bestandene mündliche Prüfungen mit Ausnahme der Schulpraktika und der damit verbundenen Leistungen in bildungswissenschaftlichen oder fachdidaktischen Veranstaltungen können nach Maßgabe des fachspezifischen Anhangs zur Notenverbesserung auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten einmal innerhalb eines Jahres wiederholt werden; dabei zählt das bessere Ergebnis. Ansonsten ist die Wiederholung einer bestandenen Prüfung nicht zulässig.

§ 15 **Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß**

(1) Tritt ein Studierender oder eine Studierende nach der Zulassung zu einer Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurück, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(2) Versäumt ein Studierender oder eine Studierende ohne triftigen Grund den Termin einer Prüfung, so gilt diese als mit ‚nicht ausreichend‘ bewertet. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(3) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Zentralen Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des oder der Studierenden ist die Vorlage eines ärztlichen Attestes erforderlich. Legt der/die selbe Studierende zum wiederholten Male ein ärztliches Attest vor, kann der oder die Vorsitzende des Zentralen Prüfungsausschusses die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes fordern. Werden die Rücktritts- bzw. Versäumnisgründe anerkannt, so kann der oder die Studierende die Zulassung zur Prüfung erneut beantragen.

(4) Versucht ein Studierender oder eine Studierende, die Zulassung zu einer Prüfung durch Täuschung zu erhalten oder sind wesentliche Voraussetzungen der Zulassung seitens des Prüfungsausschusses irrtümlich angenommen worden, so können bereits erbrachte Prüfungsleistungen auch nachträglich durch den Prüfungsausschuss für ungültig erklärt und das Prüfungsverfahren eingestellt werden. Vor der Beschlussfassung ist der oder die Studierende zu hören. Der Beschluss ist ihm oder ihr durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(5) Versucht ein Studierender oder eine Studierende, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, so gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit ‚nicht ausreichend‘ bewertet. Fälle von Täuschung und/oder Plagiaten müssen dem Zentralen Prüfungsausschuss durch den Prüfer oder die

Prüferin angezeigt werden. Im Fall eines Plagiats ist darüber hinaus das entsprechende Modulelement zu wiederholen. Diese Entscheidung wird dem oder der Studierenden schriftlich mitgeteilt. Ebenfalls als „nicht ausreichend“ wird die Prüfungsleistung bewertet, wenn ein Studierender oder eine Studierende den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört und von dem Prüfer oder der Prüferin oder einer von diesem oder dieser beauftragten Person nach vorheriger Verwarnung von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen wird. Der oder die Studierende kann binnen eines Monats die Überprüfung einer Entscheidung nach Satz 1, 2 oder 4 durch den Prüfungsausschuss verlangen. Wird die Entscheidung durch den Prüfungsausschuss bestätigt, so gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. Dieser Beschluss ist dem oder der Studierenden durch schriftlichen Bescheid unverzüglich mitzuteilen, der eine Begründung enthalten muss und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Wird im Falle der Störung die Entscheidung durch den Prüfungsausschuss nicht bestätigt, so gilt die betreffende Prüfung als nicht durchgeführt und der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses veranlasst, dass der oder die Studierende von dem betreffenden Prüfer oder der betreffenden Prüferin erneut zur Prüfung geladen wird.

(6) Der Zentrale Prüfungsausschuss kann bei einer schwerwiegenden Täuschung (insbesondere bei einem umfangreichen Plagiat) oder im Wiederholungsfall nach Anhörung des oder der Studierenden den Verlust des Prüfungsanspruchs feststellen (Absatz 5 Satz 8 gilt sinngemäß).

§ 16 **Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen**

(1) Studienzeiten, Studien-, Prüfungsvor- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an deutschen oder anerkannten ausländischen Hochschulen oder an einer anerkannten Fernstudieneinheit erbracht worden sind, werden anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen, die sie ersetzen sollen, nachgewiesen wird. Kein wesentlicher Unterschied besteht, wenn Studienzeiten und die erbrachten Studien-, Prüfungsvor- und Prüfungsleistungen, gemessen in Lernergebnissen, den Anforderungen des betreffenden Faches an der Universität des Saarlandes genügen.

(2) Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Studien-, Prüfungsvor- und Prüfungsleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(3) Für Studienzeiten, Studien-, Prüfungsvor- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gelten Absatz 1 und 2 entsprechend.

(4) Nachgewiesene gleichwertige Kompetenzen und Fähigkeiten, die außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, sind bis zur Hälfte der für den Studiengang vorgesehenen CP anzurechnen.

(5) Der Kandidat oder die Kandidatin hat die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Sind die Voraussetzungen von Absatz 1 bis 4 gegeben, so besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung.

6) Soweit Anerkennungen von Studienzeiten, Studienleistungen, Prüfungsvor- und Prüfungsleistungen erfolgen, die nicht mit CP versehen sind, sind entsprechende Äquivalente zu errechnen und auf dem Studienkonto entsprechend zu vermerken. Die Noten benoteter Prüfungsleistungen sind zu übernehmen und nach Maßgabe der studiengangspezifischen Studien- und Prüfungsordnung sowie

Kooperationsvereinbarungen mit Partnerhochschulen in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei nicht vergleichbaren Notensystemen oder unbenoteten Studien-, Prüfungsvor- und Prüfungsleistungen, werden diese als unbenotet anerkannt; § 11 Absatz 1 gilt sinngemäß.

§ 17 Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Hat ein Studierender oder eine Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Ausfertigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der oder die Studierende getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2)

(2) Legt ein Studierender oder eine Studierende eine Prüfung ab in dem Wissen, die in den fachspezifischen Anhängen genannten Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung unter Berücksichtigung etwaiger Nachreichefristen nicht zu erfüllen, so gilt die Prüfung als nicht abgelegt. Die nachträgliche Anerkennung der Prüfungsleistung ist ausgeschlossen.

(3) Dem oder der Studierenden ist vor einer Entscheidung nach Absatz 1 binnen Monatsfrist Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Entscheidungen nach Absatz 1 sind dem oder der Betroffenen durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen, der eine Begründung enthält und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen ist. Sie sind nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren, gerechnet ab dem Datum des Zeugnisses, ausgeschlossen.

(5) Die unrichtige Urkunde und das unrichtige Zeugnis über die Prüfung sind einzuziehen.

§ 18 Akteneinsicht

Dem oder Der Studierenden wird auf Antrag nach Abschluss jeder studienbegleitenden Prüfungsleistung Einsicht in seine oder ihre schriftlichen Prüfungsleistungen, in die dazugehörigen Gutachten und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Der Antrag ist spätestens innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Prüfungsleistung beim entsprechenden Prüfungsausschuss zu stellen. Dieser bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 19 Widerspruchsverfahren

Über Widersprüche gegen Entscheidungen des oder der Vorsitzenden des Zentralen Prüfungsausschusses entscheidet der Prüfungsausschuss, im Fall von Einwänden gegen die Bewertung einzelner Prüfungsleistungen auf der Grundlage einzuholender Stellungnahmen der am Zustandekommen der Bewertung beteiligten Prüfer oder -innen.

§ 20 Fortschrittskontrolle

(1) Im Quereinstiegsmaster erfolgt eine Fortschrittskontrolle der Studienleistungen. Diese orientiert sich an den folgenden Mindest-Punkt-Zahlen (Vollzeitstudium):

- nach einem Semester 9 CP
- nach zwei Semestern 30CP,
- nach vier Semestern 60 CP und
- nach sechs Semestern 90 CP

CP aus Modulelementen, die zu einem mehrsemestrigen Modul gehören, gelten für ein Semester dabei als erbracht, wenn die Leistungskontrolle zu diesem Modulelement

bestanden wurde, während das Modul insgesamt noch nicht endgültig absolviert ist.

(2) Die in Absatz 1 genannten Fristen verlängern sich bei Teilzeitstudium wie folgt:

1. bei ein oder zwei Teilzeitsemestern um ein Semester,
2. bei drei oder vier Teilzeitsemestern um zwei Semester,
3. bei fünf oder sechs Teilzeitsemestern um drei Semester,
4. bei sieben oder acht Teilzeitsemestern um vier Semester,

(3) Wenn ein Studierender oder eine Studierende die am Ende eines Semesters erwartete Mindestpunktzahl nicht erreicht, wird er oder sie schriftlich darauf hingewiesen, dass die Erreichung des Studienziels gefährdet ist. Gleichzeitig wird ihm oder ihr empfohlen, Beratungsgespräche in der Studienkoordination im Zentralen Prüfungssekretariat für Lehramtsstudierende und in der Geschäftsstelle des Zentrums für Lehrerbildung wahrzunehmen.

(4) Wenn ein Studierender oder eine Studierende die am Ende eines Semesters erwartete Mindestleistung aus von ihm oder ihr zu vertretenden Gründen zum zweiten Mal hintereinander nicht erreicht, verliert er oder sie den Prüfungsanspruch im jeweiligen Studiengang sowie in vergleichbaren Studiengängen bzw. Studienfächern mit im Wesentlichen gleichem Inhalt. Für Teilzeitstudierende gilt Absatz 2 analog. Der Verlust des Prüfungsanspruches wird dem oder der Studierenden durch schriftlichen Bescheid des Zentralen Prüfungsausschusses für das Lehramt an Schulen mitgeteilt. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Dem oder der Studierenden ist vor der endgültigen Entscheidung Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

(5) In begründeten Ausnahmefällen kann der Zentrale Prüfungsausschuss für das Lehramt an Schulen die in Absatz 1 genannten Fristen angemessen (i.d.R. um jeweils ein Semester) verlängern.

(6) Wenn ein Studierender oder eine Studierende am Ende des 6. Semesters der 4-semestrigen Masterstudiums das Studium aus von ihm oder ihr zu vertretenden Gründen noch nicht erfolgreich abgeschlossen hat, erfolgt eine Information durch den Zentralen Prüfungsausschuss. Der oder die Studierende wird mit Verweis auf § 82 Absatz 4 S. 1 Nr. 2 SHSG, in seiner jeweils geltenden Fassung, darauf hingewiesen, dass nach der doppelten Regelstudienzeit gemäß § 5 Absatz 1 und § 6 Absatz 7 der vorliegenden Ordnung, die Exmatrikulation erfolgt, sofern die oder der Studierende das Studium aus von ihm oder ihr zu vertretenden Gründen nicht abgeschlossen hat.

II Master-Arbeit

§ 21 Zulassung zur Master-Arbeit

(1) Die Zulassung zur Master-Arbeit setzt ein ordnungsgemäßes Studium voraus. Der Nachweis eines ordnungsgemäßen Studiums erfolgt durch:

1. die Immatrikulation in dem Master-Studiengang Quereinstiegsmaster Lehramt mit dem belegten Doppelfach
 2. Erbringen von 30 CP der 48 CP im Grundlagenbereich des Quereinstiegsmasters Lehramt
 3. von den in den fachspezifischen Anhängen zur Prüfungsordnung und zur Studienordnung definierten Prüfungsleistungen des belegten Doppelfaches mind. 30 CP der 50 CP.
 4. Weitere Zulassungsvoraussetzungen können im fachspezifischen Anhang zur Studienordnung und zur Prüfungsordnung vorgesehen werden.
- (2) Die Zulassung ist beim Zentralen Prüfungsausschuss zu beantragen.

(3) Für die Zulassung bzw. die Ablehnung der Zulassung zur Master-Arbeit gilt § 12 Absatz 2 bis Absatz 4 entsprechend.

§ 22 Master-Arbeit: Thema, Verfahren, Dauer, Gestaltung, Bewertung, Bestehen

(1) Die Master-Arbeit ist eine fachdidaktische Arbeit, die selbstständig ausgeführt wird. Sie soll zeigen, dass der oder die Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein fachspezifisches Problem im Doppelfach nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen.

(2) Der Zentrale Prüfungsausschuss bestellt einen Erstgutachter oder eine Erstgutachterin und einen Zweitgutachter oder eine Zweitgutachterin als Prüfer oder Prüferin sowie den Betreuer oder die Betreuerin. Soweit kein Betreuer oder keine Betreuerin bestellt wird, gilt der Erstgutachter oder die Erstgutachterin als Betreuer oder Betreuerin.

(3) Das Thema der Master-Arbeit wird innerhalb einer Frist von fünf Wochen nach der Zulassung zur Master-Arbeit gestellt. Dem oder der Studierenden soll Gelegenheit gegeben werden, für das Thema der Master-Arbeit Vorschläge zu machen. Der oder die Studierende ist hierzu jedoch nicht verpflichtet.

(4) Der Zeitpunkt der Ausgabe des Themas, d.h. des Beginns der Bearbeitungszeit, und das Thema sind aktenkundig zu machen.

(5) Der Arbeitsaufwand der Master-Arbeit einschließlich des Master-Kolloquiums beträgt 22 CP entsprechend einer Bearbeitungszeit von 17 Wochen. Thema und Aufgabenstellung müssen es ermöglichen, dass die zur Bearbeitung vorgesehene Zeit eingehalten werden kann; auch der erwartete Seitenumfang hat der Rechnung zu tragen. Im Einzelfall kann der Zentrale Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit auf begründeten Antrag um bis zu vier Wochen verlängern. Die Verlängerung der Bearbeitungszeit hat jedoch keinen Einfluss auf die Vergabe der CP.

(6) Der oder die Studierende kann einmalig innerhalb einer Frist von 5 Wochen nach Erhalt des Themas nach Rücksprache das Thema zurückgeben, ohne dass die Master-Arbeit als erstmalig nicht bestanden gilt. Ein neues Thema der Master-Arbeit wird dann innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach der Rückgabe des ersten Themas gestellt.

(7) Muss die Bearbeitung der Master-Arbeit wegen Krankheit oder aus anderen Gründen, die der oder die Studierende nicht zu vertreten hat, um mehr als eine Woche unterbrochen werden, so ruht die Frist während dieser Unterbrechung. Die entsprechenden Nachweise, bei Krankheit ein ärztliches Attest, hat der oder die Studierende unverzüglich dem Zentralen Prüfungssekretariat vorzulegen. Bezüglich der Gründe für den Rücktritt oder das Versäumnis steht der Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten die Krankheit eines von ihr oder ihm zu versorgenden Kindes gleich. Die Erforderlichkeit der Betreuung des erkrankten Kindes durch den Kandidaten oder die Kandidatin wird nachgewiesen durch ärztliches Zeugnis gemäß § 45 SGB V. Ruht die Bearbeitungszeit bei einer Master-Arbeit länger als sechs Monate, so gilt die Master-Arbeit als nicht unternommen. Dem Kandidaten oder der Kandidatin ist nach Wegfall der Hinderungsgründe eine neue Master-Arbeit zuzuweisen.

(8) Auf Antrag an den Zentralen Prüfungsausschuss werden die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen, der Elternzeit und die Erfüllung von Familienpflichten (insbesondere Erziehung oder Betreuung eines minderjährigen Kindes bzw. mehrerer minderjähriger Kinder sowie die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger) sowie die Belange behinderter Studierender berücksichtigt, d.h. die Bearbeitungszeit der Master-Arbeit wird auf Antrag um die gesetzlichen Mutterschutzfristen und sie kann auf Antrag weiterhin auch gemäß Absatz 5 angemessen verlängert werden, wenn nachgewiesene Belastungen durch Schwangerschaft, die Erziehung oder Betreuung von Kindern oder durch die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger vorliegen. Ein Nachteilsausgleich gemäß § 12 bleibt unberührt.

(9) Wird die gesetzte Frist nicht eingehalten, so ist diese Master-Arbeit nicht bestanden. Für eine Wiederholung gelten die Vorschriften des § 24 Absatz 1 sinngemäß.

(10) Die Master-Arbeit ist in drei Exemplaren und in einer digitalen Form (z.B. PDF) beim Zentralen Prüfungssekretariat einzureichen. Der Text ist mit Seitenzahlen zu versehen und soll mit einem gängigen Textsystem oder Textprogramm erstellt sein. Die Exemplare sind gedruckt und geheftet oder gebunden abzuliefern. Die einwandfreie Lesbarkeit aller Exemplare ist zu gewährleisten. Kostspieliges Bild-, Karten- oder Notenmaterial kann mit Zustimmung des Zentralen Prüfungsausschusses in Abstimmung mit dem Erstgutachter oder der Erstgutachterin in nur einer Ausfertigung beigefügt werden. Anlagen in elektronischer Form, die im Zusammenhang der Arbeit relevant sind, sind in einer Form und einem Format abzuliefern, die dem Standard entsprechen.

(11) Zusammen mit der Master-Arbeit ist die schriftliche Versicherung einzureichen, dass der oder die Studierende die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt hat. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, müssen unter Angabe der Quellen als Entlehnung kenntlich gemacht werden. Bei Zeichnungen, Skizzen und Plänen sowie bildlichen und grafischen Darstellungen ist anzugeben, ob sie selbständig gefertigt, nach eigenen Angaben durch andere ausgeführt oder übernommen worden sind.

(12) Der Zeitpunkt des Einreichens der Master-Arbeit ist aktenkundig zu machen.

(13) Die Master-Arbeit wird mit einem Kolloquium von 30 Minuten Dauer abgeschlossen. Einer der Prüfer des Kolloquiums soll der Erstgutachter/die Erstgutachterin oder der Themensteller sein. Dieses Kolloquium muss spätestens 6 Wochen nach Abgabe der schriftlichen Ausarbeitung der Master-Arbeit abgelegt werden. Als Prüfungsdatum gilt jener Tag, an dem die schriftliche Ausarbeitung der Master-Arbeit abgegeben wurde.

(14) Die Master-Arbeit wird von dem Prüfer oder der Prüferin, der oder die das Thema gestellt hat, und von dem durch den Zentralen Prüfungsausschuss bestellten Zweitgutachter oder der durch den Zentralen Prüfungsausschuss bestellten

Zweitgutachterin beurteilt. Beide geben spätestens zwei Monate nach Einreichen der Master-Arbeit ein schriftliches Gutachten ab, das eine Note nach § 13 Absatz 1 und 2 enthalten muss. Bei unterschiedlicher Bewertung wird die Note für die Master-Arbeit nach § 13 Absatz 5 errechnet. Weichen die vorgeschlagenen Noten jedoch um mehr als 1,0 voneinander ab oder bewertet einer der Gutachter oder eine der Gutachterinnen die Master-Arbeit mit ‚nicht ausreichend‘, so bestellt der Zentralen Prüfungsausschuss einen Drittgutachter oder eine Drittgutachterin für die Master-Arbeit. Liegt dessen oder deren Gutachten vor, so setzt abweichend von § 13 Absatz 5 der Zentrale Prüfungsausschuss auf Grund der drei Gutachten die Note für die Master-Arbeit fest.

(14) Das Nichtbestehen bzw. das Bestehen und die Note der Master-Arbeit sind dem oder der Studierenden unverzüglich bekannt zu geben

§ 23 Wiederholbarkeit der Master-Arbeit

(1) Die Master-Arbeit kann bei einer Bewertung mit ‚nicht ausreichend‘ einmal wiederholt werden (vgl. aber Absatz 3: Freiversuch); im Falle des Nichtbestehens wird innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Bewertung der ersten Master-Arbeit ein neues Thema gestellt. Eine Rückgabe des Themas nach § 22 Absatz 6 ist dann jedoch nur zulässig, wenn bei der Anfertigung der ersten Master-Arbeit von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht wurde. Eine zweite Wiederholung der Master-Arbeit ist ausgeschlossen; Fehlversuche an anderen Hochschulen sind anzurechnen.

(2) Die in Absatz 1 genannte Frist kann vom Zentralen Prüfungsausschuss auf Antrag des oder der Studierenden verlängert werden, wenn vor Ablauf der Frist, gegebenenfalls durch Vorlage eines ärztlichen Attests, glaubhaft gemacht wird, dass der oder die Studierende das Versäumnis der Frist nicht zu vertreten hat. Auf entsprechenden Antrag an den Zentralen Prüfungsausschuss werden die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen, der Elternzeit und der Erfüllung von Familienpflichten (insbesondere Erziehung eines minderjährigen Kindes sowie die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger) sowie die besonderen Belange behinderter Studierender berücksichtigt.

(3) Wird eine Master-Arbeit innerhalb der Regelstudienzeit abgelegt und erstmals nicht bestanden, gilt sie als nicht erfolgt (Freiversuch).

III. Studienabschluss

§ 24 Bestehen der Master-Prüfung und Gesamtnote

(1) Die Master-Prüfung ist bestanden, sobald

1. die laut Studienordnung und der Fachspezifischen Anhänge zu der Prüfungs- und Studienordnung genannten Prüfungsleistungen bestanden sind und die erforderlichen CP erreicht sind
2. ggf. alle laut Fachspezifischem Anhang genannten Studienleistungen erbracht wurden,
3. die Master-Arbeit bestanden ist,
4. und ggf. der Nachweis über besondere Sprachkenntnisse erbracht wurde, sofern dies im fachspezifischen Anhang ausdrücklich als Voraussetzung zur Zulassung zur Master-Arbeit geregelt ist

(2) Die Master-Prüfung ist nicht bestanden, wenn eine oder mehrere Prüfungsleistungen oder die Master-Arbeit endgültig nicht bestanden ist. Wurde die Master-Prüfung nicht

bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, so teilt der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses dies der Kandidatin/ dem Kandidaten durch schriftlichen Bescheid mit, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(3)

Module, die in verschiedenen Semestern mehrfach erfolgreich absolviert wurden, können nur einmal berücksichtigt werden (aber siehe § 14 Absatz 4 zur Notenverbesserung). Die Module für das Master-Zeugnis müssen von den Modulen eines für die Zulassung zum Master-Studium zugrundeliegenden Bachelor-Zeugnisses verschieden sein.

(4) Zur Berechnung der Gesamtnote werden die Noten aller zugehörigen Module bzw. die Note der Master-Arbeit jeweils zunächst mit dem CP-Wert des jeweiligen Moduls bzw. der Master-Arbeit multipliziert und das Ergebnis addiert. Das Ergebnis der Addition wird durch die Summe der CP der beteiligten Module und der Master-Arbeit dividiert. Das Ergebnis wird auf eine Stelle nach dem Komma gerundet. Unbenotete Module bleiben bei der Berechnung der Gesamtnote unberücksichtigt.

(5) Die Gesamtnote zur Angabe im Zeugnis und in der Urkunde wird wie folgt kategorisiert:

Bis 1,5: sehr gut
1,6 bis 2,5: gut
2,6 bis 3,5: befriedigend
3,6 bis 4,0: ausreichend

§ 25 Akademischer Grad und Abschlussdokumente

- (1) Über die bestandene Master-Prüfung wird alsbald ein Zeugnis in Form eines Transcript of Records in deutscher Sprache ausgestellt. Es enthält die Modulnoten, die Gesamtnoten und den Namen des betreffenden Studiengangs und des gewählten Doppelfachs sowie das Thema und die Note der Master-Arbeit.
- (2) Das Zeugnis wird von dem/ der Prüfungsausschussvorsitzenden unterzeichnet. Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erfolgte, sowie das Datum der Unterzeichnung.
- (3) Mit der Master-Urkunde wird dem Kandidaten oder der Kandidatin der Grad eines Master of Education verliehen.
- (4) Die Verleihung des Grades wird durch eine Master-Urkunde mit den Daten des Zeugnisses nach Absatz 3 bekundet, die jeweils den Namen des Studiengangs und des gewählten Doppelfachs sowie die Gesamtnote enthält. Die Urkunde wird von dem/ der Prüfungsausschussvorsitzenden und dem jeweils zuständigen Dekan/ der Dekanin der Fakultät unterzeichnet, der das gewählte Doppelfach zugeordnet ist und mit dem jeweiligen Siegel der Fakultät versehen.
- (5) Mit der Urkunde wird dem Absolventen/der Absolventin ein Diploma Supplement ausgehändigt.

IV. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 26 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Dienstblatt der Hochschulen des Saarlandes in Kraft.

Saarbrücken, xx. Monat 2024

Der Universitätspräsident
(Univ.-Prof. Dr. Ludger Santen)